

Zur demokratischen  
Bestimmung  
inhaltsbezogener Rhetorik  
und ihrer Krise

# Politische Kommunikation als Sprachstrategie

Heinrich Oberreuter

Schon Aristoteles wusste, dass es nicht so sehr auf die Taten ankäme als darauf, wie über sie geredet werde. Gute Rhetorik bestand für ihn in der Einheit von überzeugendem Argument, Übereinstimmung mit den Lebensweisen des Publikums und der Erregung starker Gefühle: also eine ansprechende Inszenierung substantieller Kommunikation – durchaus aber bereits mit der opportunistischen Kalkulation, wie sie am besten wirke.

Die Massendemokratie lag außerhalb der Vorstellungskraft der Klassiker. Aber wo immer Entscheidung auf Zustimmung beruht, kommt die Fähigkeit ins Spiel, überzeugen zu können, und selbst wenn Herrschaft auf Macht statt auf Zustimmung beruht, muss Gehorsam erzeugt werden: durch Befehl, Propaganda, Manipulation – jedenfalls ohne die Chance zum Widerspruch. Der grundlegende Zusammenhang von Sprache und Politik, dem sich Wolfgang Bergsdorf vielfältig zugewandt hat, ist evident und unauflöslich. Selbst ein Zwangssystem muss sich mitteilen, während die offene Gesellschaft und die Demokratie geradezu auf Diskurs in politischer pluraler Öffentlichkeit beruhen.

## „Gedankenverbrechen“ und Wahrheitskontrolle

Das Gegenmodell dazu hat George Orwell mit seiner negativen Utopie 1984 entworfen. Dieses Extrembeispiel verdeutlicht die potenzielle politische Manipulation durch Sprache bis hin zur intellektuellen Verarmung. Konformität soll

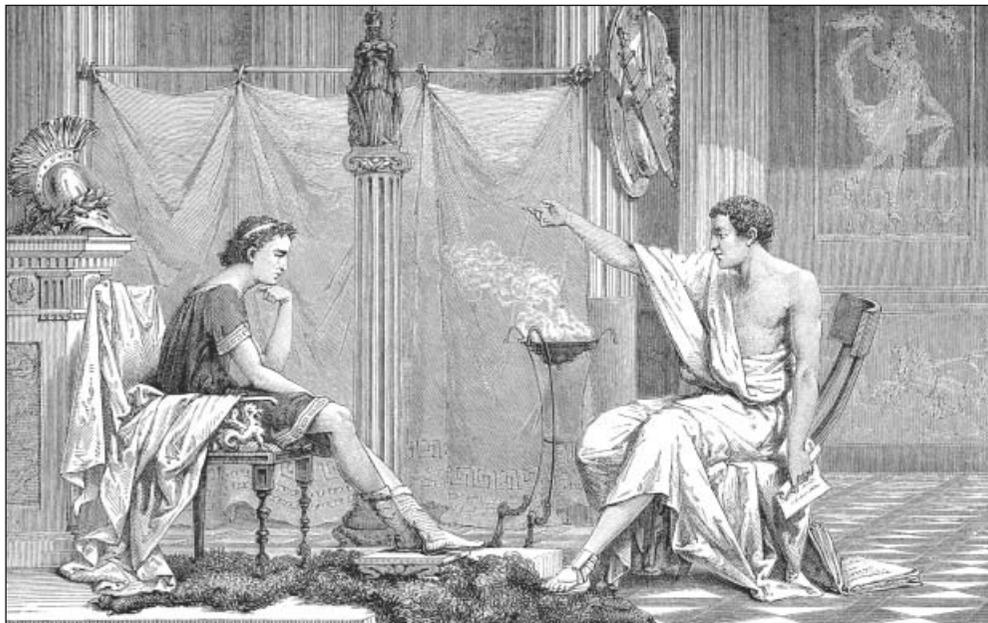
erzielt werden durch ein „Neusprech“, mit dem Ziel, „Gedankenverbrechen buchstäblich unmöglich zu machen“, da es schließlich „keine Worte mehr gibt, in denen man sie ausdrücken könnte“. Die Worte und Begriffe schwinden, mit ihnen die Reichweite des Bewusstseins. Ein „Wahrheitsministerium“ reglementiert und kontrolliert die gesamte Kommunikation, der alle und alles überwachende „Televisor“ bringt sie aus Angst zum Erliegen. Die totalitären Systeme des zwanzigsten Jahrhunderts sind zwar nicht zu dieser technischen Perfektion gelangt, haben aber die gleichen Intentionen verfolgt bis zur ideologischen Manipulation von Begriffen, kulturellen Traditionen, normativen Orientierungen, historischen und aktuellen Tatbeständen. Trotz erheblichen technologischen Wandels versuchen autoritäre Regime noch immer, einen ähnlichen Weg einzuschlagen.

## Politische Suggestionen

Bei Weitem nicht diese radikalen Intentionen kann man der politischen Kommunikation in der Massen- und Mediendemokratie vorwerfen, wohl aber Versuche, unsere Sehweise durch Sprache festzulegen, durch Sprachgestaltung politische Suggestionen zu erzeugen oder auch bewusst begriffliche Vieldeutigkeit als Mittel politischer Auseinandersetzung einzusetzen. Konfuzius hat dazu einen interessanten eminent demokratischen Kommentar gesprochen: „Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Reden nicht; stimmen die Re-

„Schon Aristoteles wusste, dass es nicht so sehr auf die Taten ankäme als darauf, wie gerade über sie geredet werde.“ – so Heinrich Oberreuter. Hier: Aristoteles unterrichtet Alexander den Großen.  
Holzstich aus dem Jahre 1875, unbekannter Künstler.

© Picture-alliance/imagestate/HIP/Ann Ronan Picture Library, Foto: 90100/HI?



den nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht; gedeihen Moral und Kunst nicht, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen.“ Gemeint ist damit nichts anderes als inhaltliche Präzision und Definition, welche Orientierung und Verbindlichkeit ermöglichen.

Manchmal scheint es in der Politik heute so, als ob begriffliche Vieldeutigkeit wie auch die Manipulation der Sprache bewusst als Waffe eingesetzt würden, damit eben das Volk nicht so genau wisse, „wohin Hand und Fuß setzen“. Je substanzleerer, handlungsunfähiger und hilfloser Politik sich darbietet, umso perfekter scheint sich oft ihr sprachgestalterisches Genie zu entwickeln. Anscheinend kommt es gar nicht mehr immer darauf an, Antworten auf drängende Fragen zu finden; zum Erfolg reicht es vielmehr, keine Antworten in wohlklingen-

den Formeln zu verpacken: symbolische Politik.

### Effizienz und Unschärfe

Wolfgang Bergsdorf hat in diesem Kontext auf eine weniger manipulative als effizienzorientierte Dimension solcher Strategien aufmerksam gemacht und den Mangel an begrifflicher Präzision als höheren Preis für die Integrationsleistung der politischen Sprache bezeichnet: je höher deren Präzision, je genauer eine Vision oder eine Problemlösung dargestellt werde, desto begrenzter werde die Fähigkeit eines Erklärungskonzepts, Unterstützung zu finden – vorausgesetzt, die zunächst abstrakte Terminologie berge die Chance in sich, in der Realität konkret zu werden. Insofern begründeten Pluralität und Widerspruchsmöglichkeiten in der Tat begriffliche Unschärfen, um Entscheidungen nicht zeredet zu sehen.

In der Praxis verdient diese Position Verständnis. Den theoretischen Kriterien deliberativer Demokratie hält sie aber nicht stand. Denn sie ist dezisionistisch und effizienzorientiert statt transparenz- und partizipationsgeleitet. Ob Manipulation oder Unschärfen: Substanzielle Politik wird in beiden Fällen durch Sprachstrategie ersetzt oder zumindest ergänzt.

Weltweit suchen heute Politiker (und ihre Medienberater) mindestens ebenso sehr nach zündenden Begriffen, wie sie nach tragfähigen Lösungen forschen, wobei nichts gegen zündende Formeln für gute Lösungen, alles aber gegen manipulative und lösungsarme Worthülsen spricht; denn sie benutzen Sprache nicht zur Informationsvermittlung und zur Sinnstiftung, sondern zur Sinnverwirrung. Das kann kein legitimes Mittel demokratischer Politik sein. Zu den Prämissen auf die Teilhabe am Machtspiel gehört offenbar auch eine Privilegierung bei solcher Begriffskosmetik. Die Demokratie erzeugt Legitimation durch Kommunikation. Öffentlichkeit ist ihr Elixier.

### Abseits wirklicher Kommunikation?

Bei Metternich hieß es noch, die Macht handele, aber sie erkläre sich nicht. Obwohl dies gelegentlich auch heute noch gilt, hat sie vielfach doch einen keineswegs nur funktionalen Drang, sich auch zu erklären, wobei dies Erklären oft genug sprachstrategischer Kommunikationspflege und der Verschleierung von Fakten und Problemen dient. Solche Mitteilungen stoßen nicht mehr zur Substanz vor. Wenn man den Partner im Kern nicht mehr informieren und aufklären will, wenn daran, ihn rational zu gewinnen, gar nicht mehr gelegen ist, lässt sich dann überhaupt noch von Kommunikation sprechen?

Nur solche Strategien sind zu kritisieren, nicht dass Entscheidungsträger gelegentlich in die Rolle von Meinungsmachern schlüpfen mit dem Ziel, ein Mei-

nungsklima zu erzeugen, das ihre politischen Entscheidungen erleichtern soll; denn natürlich hängt der Erfolg einer Politik von der öffentlichen Unterstützung ab, die sie findet. Keine Einwände also gegen werbende Argumentation. Aber man sollte auch die Möglichkeiten nahezu atemberaubender dramaturgischer Konstruktion in sich schlüssiger, Erfolg versprechender Ablaufsysteme kennen. Dazu ein Beispiel aus der Vergangenheit: die Behandlung der Rentenfinanzprobleme Mitte der 1970er-Jahre.

Drei Tage vor einer Bundestagswahl gab es entgegen den Aussagen aller Experten seitens des Kanzlers kein Problem, höchstens ein „Problemchen“. Kurz nach der Wahl wurden in Koalitionsverhandlungen – das Problemchen war inzwischen übermächtig – die einschlägigen Wahlversprechen und der zuständige Minister geopfert. Der folgende Aufstand der Basis führte zur Wiederherstellung der Wahlversprechungen – wider besseres Wissen. Aber offensichtlich stellte die Lösung des Kommunikations- und des Finanzproblems zur gleichen Zeit so etwas wie eine Quadratur des Kreises dar. Diese Quadratur gelang, indem man beide Probleme auseinanderrückte: Zunächst der kommunikative Akt, erster Teil: Unter Lorbeerbäumen beschwört der Kanzler bei einer aufsehenerregenden Rede etwa eineinhalb Jahre später die geradezu tragische Irrtumsanfälligkeit und Entscheidungsnot des Politikers, der auch nur ein Mensch sei, angesichts hochkomplexer Probleme. Damit ist das ethische Problem – Wahrheit in der Politik – umformuliert in ein Irrtumsproblem. Und irren ist menschlich.

Die kommunikative Basis sollte damit zurückgewonnen werden, an das Thema überhaupt wieder rühren zu lassen – was aus sachlichen Gründen unumgänglich war. Sodann der sachliche Akt in mehreren Teilen sowie der kommunikative, zweite Teil: Initiierung mehrerer in

Abständen aufeinanderfolgender Sanierungsgesetze, welche die Wahlversprechen nun ein zweites Mal zurücknahmen, nur nicht so offen, sondern scheinbar scheinbar. Solche Salamitaktik lässt sich leichter und offensiver vertreten, zumal sie – taktisch äußerst klug – auch nicht geeignet ist, den gleichen massiven Widerstand hervorzurufen wie politische Gewaltakte. Ergebnis einerseits: Gewöhnung statt Widerstand. Ergebnis andererseits: Stabilisierung der Rentenfinanzen termingerecht ein halbes Jahr vor der Wahl; neue Probleme – hinter vorgehaltener Hand – erst wieder ein paar Jahre danach (dafür aber dauerhaft für Jahrzehnte). Niemand durfte sich wundern, dass erfolgreiche Rentenpolitik in der Leistungsbilanz des nächsten Wahlkampfes auftauchte: des kommunikativen Aktes letzter Teil.

Wer erinnert sich schon noch an die gesamten Zusammenhänge und Abläufe in unserer informationsübersättigten, kurzatmigen Zeit und an einen Entscheidungsprozess, den kommunikative Manipulation in hohem Maße kennzeichnete? Auf das wahre Ausmaß der Finanzkalamitäten der Rentenversicherung ist die Öffentlichkeit zur rechten Zeit nicht eingestellt worden – auf Jahrzehnte hinaus nicht.

### **Tatsachen schaffen, Signale geben**

Handeln, ohne sich zu erklären, ist das gestalterische Gegenteil: Kommunikationsverweigerung. Sie kann, wie bereits angedeutet, intentional sein, um Neues unter Umgehung von Widerständen durchzusetzen. „Handeln in kommunikativen Nischen“ haben Glotz und Langenbucher diesen Versuch genannt, mehr oder weniger stillschweigenden Wandel herbeizuführen: Tatsachen schaffen durch Praxis, ohne legitimatorischen Diskurs.

Es nützt wenig, schrieb einmal einer der amerikanischen Präsidentenberater, Patrick Caddell, wenn ein Staatsmann seine Aufmerksamkeit ausschließlich der

Substanz seiner Politik zuwende. Notwendig sei auch, dass er der Bevölkerung die Signale gebe, die sie brauche, um zu verstehen, was vor sich gehe. Wenn der Bürger nur Bruchstücke von Entscheidungen mitbekomme, nicht jedoch erfahre, wie sie zustande gekommen sind, muss auf Dauer eine politische Desorientierung die Folge sein. Das gilt erst recht, wenn die Gründe im Dunkeln bleiben. Damit ist sogar die klassische Frage nach der politischen Öffentlichkeit, nach der Transparenz der politischen Ordnung und Entscheidung angesprochen, und das heißt zugleich: die politische Potenz des Volkes. Dieses Problemfeld ist eher konventionell.

### **Krise der politischen Rede**

Im parlamentarischen System gibt es einen permanenten institutionellen Zwang zur politischen Rede – mit allen Chancen zur Aufklärung, aber auch mit Gefährdungen durch das Gegenteil. Der Bürger weiß vielleicht noch am ehesten, „wohin Hand und Fuß setzen“, wenn er solche Reden entsprechend zuordnen kann. Das allerdings wird dann nicht mehr möglich sein, „wenn jemand sich nicht einmal an die Rede gebunden fühlt, die er gerade hält“, wenn es keinen roten Faden gibt, sondern ein vernebelndes Gewirr von Widersprüchen in der gleichen Sache, so schwierig und herausfordernd sie sein mag.

In Krisen, sollte man meinen, wäre Klarheit vonnöten. Wo sie rhetorisch nicht vermittelt, sondern verschleiert wird, herrscht in der Tat, wie Jürgen Kaube feststellt, der diese Verwirrung beobachtet hat, eine Krise der politischen Rede selbst: „Ihre Voraussetzung, dass es etwas zu sagen gibt, weil jemand etwas weiß und etwas Bestimmtes vorhat, scheint ... zu entfallen.“ Insofern könnten gänzlich undramatische Reden geradezu unheimlich sein – wenn sie sich nämlich, während sie gehalten werden, von sich selbst distanzieren.